



Pressedienst v. 09.09.2008

Info vom 09.09.2008

AUF/Exekutive Wien: Gescheiterte ÖVP-Polizeireform und SPÖ-Planstellenkürzungen sorgen für ausufernde Kriminalität in Wien

Wien, (OTS) - Nun ist es also amtlich, die Polizeireform in Wien kann als gescheitert betrachtet werden. Das von der ÖVP geführte Innenministerium hat die Polizei in Wien systematisch personell ausgehungert und die dienstversehenden Polizistinnen und Polizisten bei ihrer Arbeit sprichwörtlich im Regen stehen lassen. Eine ausufernde Kriminalitätsslage, die von der Bevölkerung mittlerweile als unerträglich angesehen wird, ist die daraus resultierende traurige Realität, so heute Vorsitzende der AUF/Exekutive Wien, Bundesrat Werner Herbert.

Darüber hinaus sorgt eine aufwendige und zeitraubende Administration der angezeigten Fälle dafür, dass gut ausgebildete Exekutivebeamte ihrer eigentlichen polizeilichen Aufgabenstellung im ursprünglichen Sinn nicht nach gehen können und stattdessen ihren Dienst mit bürokratischen Arbeitsabläufen verbringen, so Herbert weiter.

Auch für den AUF-Personalvertreter Albert Schmiedt ist die personalpolitische Entwicklung äußerst bedenklich. Obwohl seitens der AUF mehrmals auf die prekäre Personalsituation aufmerksam gemacht wurde und mehrere Anträge auf zusätzliche Personalzuweisungen gestellt wurden, sind diese bis heute nicht umgesetzt worden, so Schmiedt der auf die Protestkundgebung der AUF vor dem Bundeskanzleramt im Dezember 2006 anspricht. Schon damals wurde auf die fehlenden Exekutivebeamten und die zusätzlichen Planstelleneinsparungen mehr als deutlich hingewiesen.

Wenn die SPÖ jetzt mit vordergründiger Entrüstung versucht auf die fehlenden Polizisten in Wien hinzuweisen, so kann es sich doch nur um billiges Wahlkampfgetöse handeln, sind Schmiedt und Herbert überzeugt. Denn wäre der SPÖ in Wien eine Personalaufstockung bei der Polizei tatsächlich wichtig gewesen, hätte der SP-Bundeskanzler Gusenbauer diese leicht umsetzen können. Schließlich ist das Bundeskanzleramt für die Planstellenlage - und somit auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei der Exekutive - zuständig. Stattdessen wurden alleine heuer durch das Bundeskanzleramt knapp 400 Planstellen ersatzlos gestrichen. Unglaublich und einfach nur polemisch daher diese vermeintliche Entrüstung der "Roten" zur Lage bei der Exekutive. Aber vermutlich wird die SPÖ auch weiterhin mit Rundumschlägen versuchen einen Schuldigen für die eigenen Taten zu finden - es wäre ja nichts Neues, so Herbert und Schmiedt abschließend.